



## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät geruheten allergnädigst

den unangestellten General der Cavallerie Alexander Freiherrn v. Koller zum Hauptmanne der ersten Arzieren-Leibgarde zu ernennen (Allerh. Entschl. vom 3ten Oktober 1876);

die Zuteilung des Feldmarschall-Lieutenants Vincenz Pürker Edlen v. Pürkhain, Commandanten der 28. Infanterie-Brigade, zum Generalcommando zu Agram anzuordnen;

den Generalmajor Stephan Freiherrn v. Jovanovic, Commandanten der 36. Infanteriebrigade, zum Commandanten der 28. Infanterie-Brigade, mit vorläufiger Belassung in seiner gegenwärtigen Charge, zu ernennen und anzubefehlen, daß demselben anlässlich dieser neuen Dienstbestimmung in Anerkennung der auf seinem bisherigen Posten unter schwierigen Verhältnissen geleisteten vorzüglichsten Dienste der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit bekannt gegeben werde.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. September d. J. dem gewesenen Pfarrer und Personaldechant von Ribun, Ehren-dombherrn Anton Marek in Anerkennung seines viel-jährigen, berufseifrigen und verdienstvollen Wirkens das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. September d. J. dem Pfarrer von Horjul Alexius Ferala in Anerkennung des von ihm durch 60 Jahre in der Seelsorge bethätigten Berufseifers das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. September d. J. den Dechant und Hauptpfarrer zu Saldenhofen Anton Galuf zum Ehren-dombherrn des lavanter Domcapitels tafzfrei allergnädigst zu ernennen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

### Ministerpräsident Tisza über die orientalische Frage.

In der Sitzung des ungarischen Unter-hauses vom 6. d. M. erfolgte seitens des ungarischen Herrn Ministerpräsidenten Tisza die mit Spannung erwartete Beantwortung der Interpellationen Franhi und Esernatony über die Friedensverhandlungen und den Durchzug der Russen über ungarisches und rumänisches Gebiet. Von allgemeinem Interesse ist die Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten, daß die gegenwärtige Einmütigkeit der Mächte bezüglich der Friedensbedingungen die Gewähr oder mindestens begründete Aussicht darauf biete, daß dieselben das bisher bewährte Einvernehmen auch angesichts etwaiger späterer Verwicklungen in der Orientfrage aufrechterhalten werden. Hinsichtlich der russischen Freiwilligenzüge befragte Tisza, daß die russische Regierung die fernere Beurteilung von russischen Militärs zu diesem Zwecke in den letzten Tagen verboten habe.

Nachstehend theilen wir den Wortlaut der umfassenden Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten mit. Derselbe sagte:

„Ich werde die Interpellationen Franhi und Esernatony, insofern dieselben zusammenhängen, identisch beantworten. Im 6. Punkte fragt Abgeordneter Franhi: Geht der gemeinsame Minister des Auswärtigen bezüglich der orientalischen Frage im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung vor? Ich habe bereits, wie ich mich erinnere, bei einer Gelegenheit die Ehre zu erklären, daß ich diese Frage in Wirklichkeit für überflüssig halte, besonders in so ernsten Zeiten; denn der geehrte Herr Abgeordnete möge es glauben: da wir sowol das Recht als die daraus fließende Pflicht und Verantwortlichkeit in dieser Beziehung kennen und anerkannt haben, so würde in so ernsten Zeiten, wie den heutigen, gewiß niemand — wenigstens wir nicht — für eine Politik die Verantwortung übernehmen, mit deren Basis, Prinzipien und Tendenzen wir nicht einverstanden sind. Die vierte Frage lautet: Welche sind die von den Mächten festgestellten Friedensbedingungen, und haben sich denselben

alle pariser Vertragsmächte vollständig und ohne Reserve angeschlossen? Erfolgte zwischen den Mächten eine Vereinbarung für den Fall, wenn die eine oder andere der kriegführenden Parteien die Friedensbedingung nicht annimmt?

Ich muß sowol den Herrn Abgeordneten als das geehrte Haus um Entschuldigung bitten, aber ich bin gezwungen zu erklären, daß die Frage: „welche sind die von den Mächten festgestellten Friedensbedingungen?“ eine derartige ist, auf welche, wenn die Verhandlungen noch im Zuge sind, nirgends und in keinem Lande ein Minister antworten wird, der es verdient, daß er noch in der nächsten Stunde Minister sei (Heiterkeit), denn in solcher Weise müßte unbedingt dasjenige vereitelt werden, was man durch das Einvernehmen sämtlicher Mächte anstreben muß: die Erreichung und Sicherung des Friedens. So viel kann ich allerdings sagen, daß alle Garantemächte ohne Ausnahme einträchtig vorgehen, und der Umstand, daß sie bezüglich der Friedensbedingungen einmütig handeln, bietet die Gewähr o. er mindestens die gegründete Aussicht darauf, daß sie auch angesichts etwaiger späterer Verwicklungen dieser Frage uns gegenüber wann immer das Einvernehmen, welches sie bisher verwahrt haben, aufrecht erhalten werden.

Die erste und zweite Frage lautet:

1. Sind die in den Blättern mitgetheilten Nachrichten wahr, laut welchen in neuerer Zeit russische Freiwillige, viele darunter in Militäruniform, nicht nur einzeln, sondern scharenweise durch die Donau-Fürstenthümer nach Serbien ziehen? Ist es ferner wahr, daß auf demselben Wege auch Kriegsmaterial aus Rußland für die Serben befördert wird? Und wenn diese Nachrichten wahr sind, hat es der gemeinsame Minister des Auswärtigen nicht für nothwendig erachtet, wegen dieser mit der Neutralität und dem internationalen Rechte im Widerspruche stehenden Thatsachen zu reclamieren?

2. Waren die Russen, die durch Ungarn nach Serbien reisten, sämtlich Mitglieder des rothen Kreuzes, und bestrebt sich die Regierung, Kenntnis zu erlangen, ob sie, an Ort und Stelle angelangt, sich thätlich der Pflege der Kranken oder Verwundeten widmeten?

Was die erste dieser beiden Fragen betrifft, so ist es nicht meine Absicht, obwohl es in der Natur der Sache liegt, daß die Nachrichten im hohen Maße übertrieben sind, zu sagen, daß durch Rumänien keine russischen Freiwilligen durchziehen und eventuell nicht auch Kriegsmaterial gesendet werden kann, obwohl ich natürlich über die rumänischen Transporte kaum officielle Kenntnis haben kann. Was die durch Ungarn ziehenden Russen betrifft, so kann ich auch in dieser Beziehung mit voller Aufrichtigkeit sagen, daß sie zum größeren Theile Mitglieder des rothen Kreuzes waren, aber es gab außerdem auch mit ordentlichem Passe durchreisende Russen. Aber der geehrte Herr Abgeordnete fragt, ob der gemeinsame Minister des Auswärtigen etwas gethan habe, um die Verletzung der Neutralität, welche durch den Durchzug durch Rumänien erfolgt, zu verhindern oder dagegen zu reclamieren? Ich glaube, geehrtes Haus, daß es nicht unsere Aufgabe sei, gegen das, was in einem anderen Staate geschieht, zu reclamieren, und wenn die Neutralität verletzt wird, so steht das Reclamationsrecht jener Macht zu, der gegenüber die Neutralität verletzt wurde. Ich meinerseits glaube, daß es ein sehr großer Fehler von Oesterreich-Ungarn wäre, wenn es in solchen Fällen als unberufener Richter figurieren wollte und vergessen würde, was nach dem sehr richtigen ungarischen Sprüchwort der Lohn des unberufenen Richters zu sein pflegt. (Bewegung, Rufe: Was ist sein Lohn?) „Schlagen wir den unberufenen Richter!“ so lautet dieses Sprüchwort. Ich glaubte, Sie kennen dasselbe. Uebrigens, was die Frage betrifft, ob die Regierung sich die Ueberzeugung verschafft hat, oder ob sie bestrebt war, sich davon Ueberzeugung zu verschaffen, daß diejenigen, welche nach Serbien gegangen, auch wirklich zur Pflege der Kranken und Verwundeten dahin gingen, so kann ich nicht anders, geehrtes Haus, und muß wieder sagen, daß der geehrte Herr Abgeordnete wieder etwas von der ungarischen Regierung fordert, wozu keine Regierung der Welt ein Recht hat und wobei, wenn jemand in Ungarn es versuchen wollte — wie ich hoffe — er selbst uns darin unterstützen würde, es zurückzuweisen. (Zustimmung.)

Es geht Ungarn an, ob es nach dem bestehenden Völkerrechte den Durchzug hier zu gestatten verpflichtet ist und ob es denselben gestattet; aber was dann in einem andern Staate geschieht, sobald die Durchzügler unsere Grenzen verlassen haben, darüber können wir keine Gewalt ausüben. Uebrigens kann ich so viel sagen, daß im Wege des gemeinsamen Ministeriums des Au-

ßern die russische Regierung davon verständigt wurde, daß mit dem rothen Kreuze und mit dem Durchzuge Mißbrauch getrieben worden, und wir haben Ursache zu glauben, daß in neuerer Zeit bezüglich des rothen Kreuzes zur Verhinderung der Mißbräuche energischere Verfügungen getroffen worden sind. Was die hier so wie anderwärts durchziehenden anderen Russen betrifft, so sind dieselben theils solche, welche aus dem Verbande des russischen Heeres getreten sind, theils Urlauber; aber ich kann mit voller Positivität behaupten, daß in den letzten Tagen seitens der russischen Regierung weitere Beurlaubungen verboten wurden.

Das geehrte Haus möge gestatten, daß, nachdem von den durchziehenden Russen die Rede war, ich hieran meine Antwort auf die Interpellation des Herrn Abgeordneten Esernatony anschließen, in welcher er die Frage stellt: „Weshalb die am 27. und 28. August hier durchziehenden russischen Unterthanen deteniirt wurden und weshalb es wieder geschah, daß sie einige Tage später freigelassen wurden?“

Die Detention, geehrtes Haus, ist deshalb geschehen, weil sie sich schon in den Waggons und später auch in den Straßen von Budapest in einer den in einer geordneten Stadt bestehenden Polizeivorschriften widerstrebenden Weise betrug, mit Waffen stänkerten, mit einem Worte sich polizeilicher Ausschreitungen schuldig machten. Da nun solches geschah, erachtete es die Polizeibehörde, die ob dieses Betragens Verdacht schöpfte, für ihre Pflicht, sich davon Ueberzeugung zu verschaffen, ob sie mit gültigen Reisepässen versehen seien. Ihre Freilassung aber geschah, als die Zweifel an der Richtigkeit und Gültigkeit ihrer Reisepässe durch die Aeußerung der eigenen Regierung der Betreffenden zerstreut und sonach festgestellt worden war, daß ihre Pässe und Reisedocumente authentisch seien und den bestehenden Vorschriften entsprechen. Ich meinerseits glaube, daß diese Detention correct geschehen sei; denn die Polizeivorschriften darf niemand verletzen, so lange er sich auf unserem Gebiete befindet. Ebenso die Wiederfreilassung, denn ich glaube, daß im Sinne des Völkerrechtes, insolange zwei Staaten mit einander in Frieden leben, sie gegenseitig ihre Pässe, sobald die competente Regierung sie als gültig erklärt, zu respectieren verpflichtet sind.

Die Interpellation des Herrn Abgeordneten Franhi enthält noch zwei Punkte, welche ich nicht berührt habe. Betreffs des einen — des dritten Punktes — in welchem er fragt, ob ich Kenntnis davon habe, daß die St. Petersburg Regierung an der türkischen Grenze Truppen aufstelle, kann ich ebenfalls mit voller Positivität erklären, daß an der türkischen Grenze Truppenmobilisierungen in großem, beachtenswerthem Maße nicht vorgekommen sind. Was die fünfte Frage betrifft: „Was der gemeinsame Minister des Aeußern und was die übrigen Großmächte betreffs des von der serbischen Armee dem Fürsten Milan angebotenen Königstitels beschloffen haben?“ beehre ich mich das geehrte Haus zu informieren, daß die gesammten Großmächte, ohne daß auch nur eine diesbezüglich sich ausgeschlossen hätte, der serbischen Regierung zur Kenntnis brachten, daß ihr Standpunkt bisher der status quo ante bellum gewesen sei und auch fortan bleiben werde, welcher status quo einen König von Serbien nicht kennt. Andererseits kann ich aber auch sagen, daß nach der den sämtlichen Großmächten überreichten officiellen Aeußerung, sowol des Fürsten von Serbien selbst als auch seiner Regierung, sowol der Fürst als auch das Cabinet erklärten, daß auch sie nur den status quo ante bellum wünschen. (Bewegung.) Dies, geehrtes Haus, habe ich auf die zwei Interpellationen zu antworten und ich schließe damit (hört!), daß sowol die Regierung als das auswärtige Amt, welches von der ungarischen Regierung in dieser Beziehung mit voller Bereitwilligkeit unterstützt wird, bestrebt sind, unserem Vaterlande den Frieden zu erhalten, jedoch derartig zu erhalten, daß unsere Interessen heute nicht gefährdet werden und nicht der Keim für künftige Gefahren gelegt werde (lebhafteste Zustimmung), den Frieden zu wahren und zu erhalten im Einvernehmen mit den europäischen Mächten in der Weise, daß unter Einem auch den Völkern der Türkei ein besseres Los gesichert und dadurch dort das Vertrauen zur Stabilität der Ruhe erweckt werde. (Lebhafteste Zustimmung.) Ich bitte, meine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafteste Zustimmung.)

Nachdem Franhi, welcher nur einen Theil der Antwort zur Kenntnis nahm, und Esernatony ihre Gegenbemerkungen vorgebracht hatten, wurden beide Antworten des Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen.

## Friedensverhandlungen.

Zu dem momentanen Stande der Friedensverhandlungen schreibt man der „Pol. Corr.“ aus London, 5. d.:

„Neuerlichen vertraulichen Sondierungen, welche im Auftrage des Grafen Derby vorgestern in Konstantinopel bei der Pforte wegen des Zugeständnisses eines formellen Waffenstillstandes unternommen wurden, setzt dieselbe noch immer hartnäckig das Argument entgegen, daß eine solche Concession die Anerkennung Serbiens als kriegsführende Macht ihrerseits in sich schließen würde, während sie Serbien nicht anders als einen in der Empörung begriffenen Vasallen betrachten könne. Troßdem würde die Pforte sich zu einer weiteren Verlängerung der Waffenruhe unter der Bedingung bereit finden lassen, daß Serbien aufhören würde, auswärtigen Zuzug zu erhalten. In dieser von der Pforte gestellten Bedingung glaubt das Cabinet von St. James momentan die brennendste Schwierigkeit zu erblicken, da es sich darum handeln würde, von Rußland eine bindende Zusage zu erlangen, daß es dem Zuzuge russischer Freiwilliger nach Serbien Einhalt thun werde. Bei alledem ist noch nicht alle Hoffnung geschwunden, in der Waffenstillstandsfrage zu einem positiven Ergebnisse zu gelangen. Erst wenn dieses Ergebnis vorläge, würde man sich mit dem Projecte einer Conferenz, für welches einige Mächte günstig gestimmt sind, angelegentlicher befassen. Das londoner Cabinet betrachtet, ungeachtet aller evidenten Beweise, welche über die Intentionen aller Mächte für die Erhaltung des Friedens vorliegen, und ungeachtet des Stillstandes, welcher gegenwärtig infolge der gestern hier eingelangten russischen Circulardepesche eingetreten ist, die Situation noch immer als ernst. Die russische Depesche, deren soeben erwähnt wurde, macht den russischen Botschaftern bei den Großmächten Mittheilung über die Thatsache der Mission des General-Adjutanten Grafen Sumarokoff an den kaiserlichen Hof in Wien, ohne jedoch auf das Wesen des Objectes dieser Mission näher einzugehen.“

General Ignatieff reiste mit seiner ganzen Familie am 2. d. von Livadia nach Konstantinopel ab, wurde aber, wie man der „Pol. Corr.“ aus Petersburg vom 5. d. telegraphiert, unterwegs wieder nach Livadia zurückberufen, wohin auch der Großfürst-Thronfolger am 4. d. plötzlich von Petersburg abreiste. Derselbe Correspondent meldet, alle Gerüchte über eine Conferenz seien verfrüht; dagegen werde in Petersburg an maßgeblicher Stelle betont, daß zwischen den Großmächten über die weiteren Schritte gegenüber der Pforte ein Einvernehmen bereits erzielt sei. Man erwarte nicht, daß die Pforte die gemeinsame Action der Mächte für die Dauer negieren werde, indem ihr diesmal deutlich erklärt werden soll, daß der Zeitpunkt der definitiven Entscheidung nach der einen oder der anderen Richtung hin bereits herangekommen sei, und daß die russische Regierung weder geneigt noch in der Lage ist, weitere Concessionen einzuräumen. — Generaladjutant Graf Sumarokoff wurde am 5. d. M. in Livadia erwartet.

## Russische Hilfe.

Der Zuzug russischer Freiwilliger nach Serbien dauert in ungeschwächtem Maße fort, und dürfte sich die Zahl der in den Reihen der serbischen Armee kämpfenden russischen Offiziere und Soldaten übereinstimmenden Meldungen zufolge mindestens schon auf 5—6000 belaufen. Auch der belgrader Berichterstatter der „Pol. Corr.“ schreibt hierüber unter dem 5. d. M. an das genannte Blatt:

Die russischen Zuzüge weisen in der letzten Zeit ein ganz neues Element auf. Es treffen mit den russischen Soldaten nun auch viele russische Popen und Mönche hier ein, um theils als Seelsorger zu fungieren, theils als einfache Freiwillige einzutreten. Diese Erscheinung wirkt auf die serbischen Klöster anspornend, deren Insassen sich nun ebenfalls als Volontärs bei der Armee Tschernajeffs einreihen lassen. Fast alle Klöster haben sich geleert und die Mönche stehen nun in Reih' und Glied vor dem Feinde. In militärischer Beziehung gewinnt die Ueberzeugung immer mehr an Boden, daß Abdul Kerim Pajcha mit der ihm gegenwärtig zur Verfügung stehenden Macht nicht imstande sein dürfte, die Befestigungskette, welche halbmondförmig um Alexinac, Deligrad und Djunis angelegt ist, zu durchbrechen. Nur bei einer allfälligen Erhöhung seiner jetzigen Macht um das Doppelte, könnte ihm vielleicht der Durchbruch gelingen. Einstweilen halten aber die Streitkräfte Tschernajeffs in numerischer Hinsicht noch immer jenen Abdul Kerims die Wage. Die Nachschübe, welche das türkische Heer erhält, werden durch die russischen Zuzüge mehr als aufgewogen. Es kommen täglich so viel Russen hier an, daß Belgrad bereits ganz das Aussehen einer russischen Stadt hat. In den Straßen hört man mehr russisch als serbisch sprechen. Ohne die mindeste Uebertreibung kann behauptet werden, daß durchschnittlich täglich 150—200 Russen hier ankommen.

Aus Odeffa wird eine italienische Legion hier erwartet. Die italienische Colonie in Konstantinopel hat eine italienische Legion als Hilfe „der levantinischen Italiener“ nach Serbien geschickt. Die Freiwilligen schiffen

sich nach Odeffa ein, von woher sie über Jassy nach Belgrad abreisten. Nach Meldungen aus Rom und Turin dürften nächstens noch 700 italienische Volontärs hieher kommen, wo dann ein italienisches Regiment mit italienischem Commando organisiert werden würde. Eine Batterie, welche nur von russischen Artilleristen bedient wird, ist gestern nach Alexinac abgeschickt worden. Am 28. September sind 1000 Russen in Kladovo eingetroffen. Dieselben sind rasch uniformiert und dem Timot-Corps zugetheilt worden.

Ganz gelegen kam heute die Nachricht aus Tiflis, das 30 russische Offiziere ihre Entlassung genommen haben, um in serbische Dienste zu treten. Am 30. v. M. büßte die Morava-Armee eine sehr beträchtliche Zahl ausgezeichnete Offiziere ein. Laut Rapport des Generals en chef sind an diesem Tage 5 Hauptleute, 4 Oberlieutenants, 13 Lieutenants gefallen und 3 Oberstlieutenants und 15 Lieutenants schwer verwundet worden. Dem Commando liegt sehr viel daran, diesen Verlust so bald als möglich zu ersetzen, da die russischen Offiziere den Kitt der Armee bilden. — Der gewesene englische Viceconsul in Simpheropol, Capitän Warford, ist hier eingetroffen, um gleichfalls in die serbische Armee einzutreten.

## Politische Uebersicht.

Laibach, 9. Oktober.

Vorgestern begannen in Pest die neuerlichen Verhandlungen zwischen den österreichischen und ungarischen Ministern wegen endgiltiger Feststellung aller den Ausgleich betreffenden Vorlagen, die im Jänner nächsten Jahres den beiden Legislativen vorgelegt werden sollen.

In Triest fand am 6. d. die Wahlbesprechung der Handelskammer statt. Das Resultat derselben war, daß Herr Teuschl, der auf sein Mandat resigniert hatte, der Preßion seiner Wähler nachgab und daselbe wieder anzunehmen erklärte. Bei der Probewahl wurde Teuschl einstimmig gewählt. — Reichsraths-Abgeordneter Exminister Baron Alexander Petrino hat sein Mandat niedergelegt. Er war von der zweiten Curie des kufowiner Großgrundbesitzes gewählt worden.

Die „Allgemeine Zeitung“ meldet, daß die Opposition, welche in Preußen bisher gegen einen einheitlichen deutschen Eisenbahntarif bestand, beseitigt sei und daß über ein einheitliches Tarifsystem eine Einigung aller deutschen Eisenbahnverwaltungen erzielt wurde, und zwar auf Grund der Beschlüsse der dresdener und münchener Conferenzen. Das genannte Blatt hofft, der einheitliche Tarif werde mit 1. Jänner 1877 in Kraft treten können.

In Frankreich sollten gestern, wie bestimmt, sämtliche Communalräthe, mit Ausnahme jener der Departements-, Arrondissements- und Cantons-Hauptorte, die Wahl der neuen Maires vornehmen. Eine Anzahl Präfecten ist nach Paris gekommen, um Herrn Marcère persönlich über den wahrscheinlichen Ausfall dieser Wahlen zu berichten. Außerdem, heißt es, werde der Minister des Innern in einem vertraulichen Rundschreiben die Präfecten zu ausführlicher Berichterstattung über den Charakter der Wahlen, ob lokal oder politisch, auffordern. — Bei Eröffnung der französischen Kammern am 30. Oktober wird das Ministerium den Senat auffordern, die Streichung der Gehalte der Militärgesellschaft durch die Kammer zu respectieren.

Das englische auswärtige Amt veröffentlicht eine Depesche des Grafen Derby an Sir H. Elliot, betreffend die Greuelthaten in Bulgarien. Die Regierung spricht darin ihr Bedauern aus, daß die gedachten Greuelthaten durch keinerlei politische Rücksichten gerechtfertigt und durch den eingegangenen Amtsbericht vollauf bestätigt würden. Elliot wird angewiesen, dem Sultan das Ergebnis der Untersuchungen Barings und die Namen der Urheber der Greuelthaten mitzutheilen, deren Bestrafung zu verlangen, auf volle Entschädigung und Garantien für die künftige Sicherheit der Christen in Bulgarien zu dringen und die Ernennung eines energischen Specialgouverneurs für Bulgarien, welcher, wenn nicht Christ, doch das Vertrauen der Christen genießt, zu befürworten. — Der englische Botschafter in Konstantinopel, Sir H. Elliot, hat am 6. d. M. dem Sultan seine Beglaubigungsschreiben überreicht, ohne jedoch bisher, wie dies irthümlich angekündigt wurde, in Privataudienz empfangen worden zu sein.

Das russische Project einer Flottendemonstration ist definitiv aufgegeben, nachdem England und Frankreich ihre Zustimmung versagten. — Nach belgrader Mittheilungen soll die Stellung des dortigen russischen Consuls Kwarzoff gefährdet sein. Kaiser Alexander soll seine Unzufriedenheit darüber ausgedrückt haben, daß Kwarzoff sowol die officiellen Kreise in Belgrad als auch den General Tschernajeff zur Ablehnung der Waffenruhe aufgemuntert habe. Es sei hiedurch unnützerweise das Blut sowol serbischer als russischer Unterthanen vergossen worden. Da man auch befürchtet, daß Kwarzoff die Friedensunterhandlungen nicht mit der gehörigen Energie betreiben werde, so dürfte eine Abberufung desselben nicht zu den Unmöglichkeitsten gehören.

Um den Kaiser Alexander im Namen des Fürsten Karl von Rumänien zu begrüßen, begab sich vorgestern eine rumänische Gesandtschaft nach Livadia, welche

aus dem Ministerpräsidenten Bratland, dem Kriegsmi- nister Staniceano, dem Hofmarschall Bacarescu und einem Flügeladjutanten des Fürsten besteht.

Wie aus Madrid gemeldet wird, hat der ehemalige Justizminister Alonso Martinez den Artikel 11 der Verfassung in einem für die Protestanten günstigen Sinne interpretiert.

Die serbische Regierung hat vorgestern officiell den Vertretern der Großmächte erklärt, daß Serbien, der Note vom 26. v. M. entsprechend, den Waffenstillstand anzunehmen bereit sei.

Mit Montenegro unterhandelt die Türkei selbstständig wegen Abschlußes eines Waffenstillstandes. Die türkischen Generale haben neuerlich den Auftrag erhalten, während die jetzigen Verhandlungen in Konstantinopel fortdauern, nicht anzugreifen, sondern sich nur abwehrend zu verhalten.

Der griechische und armenische Patriarch benachrichtigten die Pforte, daß in dem Dorfe Karmussatluk bei Cesarieh in Kleinasien Unruhen ausgebrochen sind, wodurch sich die dortigen Christen in großer Gefahr befinden. Die Regierung hat nun schleunigst Sicherheitsmaßregeln getroffen, um das Leben ihrer christlichen Unterthanen gehörig zu schützen.

Am 6. d. wurden der Sultan und die ganze kaiserliche Familie von Dr. Carpozone, dem Leibarzte Murads, dahin verständigt, daß letzterer schnell seinem Ende entgegenstehe und daß dessen Auflösung inkürze zu erwarten sei. Daraufhin begab sich ein kaiserlicher Cabinetssecretär zur Mutter des Sterbenden und theilte ihr mit, daß der Sultan ihr und der Familie seines sterbenden Bruders den Palast Tschiragan als lebenslänglichen Wohnsitz anweise, und werden dieselben auch den halben Gehalt, den der Sterbende aus der Staatskasse bezog, nach dessen Tode vollständig fortbezogen.

## Tagesneuigkeiten.

— (Eine Stiftung der Familie Rothschild.) Die Erben des Freiherrn Anselm v. Rothschild haben auf Empfehlung und im Einvernehmen mit dem Bürgermeister von Wien ein Kapital von hunderttausend Gulden zu dem Zwecke gewidmet, daß aus den Interessen alljährlich arme wiener Waisenkinder, ohne Unterschied der Confession, mit Beiträgen von mindestens 100 fl. am Todestage des Freiherrn A. v. Rothschild beschenkt werden.

— (Ein Kind mit zwei Köpfen.) Am 2. d. M. wurde in Pilsen von einer 34 Jahre alten Arbeiterin ein Kind geboren, welches zwei vollständig ausgebildete Köpfe hatte. Das Kind lebte nur einige Stunden. Eine photographische Abbildung desselben wurde in Pilsen aufgenommen.

— (Die Herbst-Saison in Meran) bewährt sich immer mehr als eine glänzende, bis jetzt seit dem Bestande des Kurortes nicht abgetroffene. Die 7. Kurliste zählt bis 22. v. M. 555 Parteien mit 10,066 Personen; 270 mehr als im Vorjahre. In den jüngsten Tagen weilte in einer Pension des Kurortes das bekannte Bankgenie, Fel. Adele Spitzeder aus München. Die Bitterung läßt nichts zu wünschen übrig; die Traube ist schön und süß, ihr Preis für Primawaare seit einigen Tagen 12 Kreuzer per Zollfund. Der Gesundheitszustand ist sehr friedigend, überhaupt von Schwerverkranken, wie man nur zu häufig im Auslande als abschreckenden Grund, Meran nicht zu besuchen, anführen hört, auf den Promenaden äußerst wenig zu sehen, dafür aber viele recht Gesunde.

— (Zum Unglücke auf der Franz Josephsbahn.) Anlässlich der in den letzten Tagen zur Veröffentlichung gelangten Ergebnisse des Strafverfahrens, welches infolge des in der Nacht vom 3. zum 4. November v. J. auf der Franz Josephsbahn nächst Schwarzenau stattgehabten großen Eisenbahnunglückes durchgeführt wurde und bekanntlich erst kürzlich mit einer Einstellung der gerichtlichen Voruntersuchung abschloß, dürfte es von allgemeinem Interesse sein, auch jene Entschädigungsbeträge zu erfahren, welche die Verwaltung der genannten Bahn ungeachtet der die Schuldlosigkeit ihrer Organe klarstellenden Ergebnisse aller gepflogenen Erhebungen, namentlich aus Rücksichten geschäftlicher Conscience, an die meisten der bei jenem Unfälle beteiligten Parteien sofort im Vergleichswege gewährte. Es wurden in der Zeit zwischen Jänner und April 1876 seitens der Generaldirection der Kaiser Franz Josephsbahn gezahlt: an die hinterbliebene Familie des verunglückten Kaufmannes Samuel Hutter in Prag ein Betrag von 18,000 fl.; an die Familie des verunglückten k. k. Postofficials Adalbert Grabekty ein Betrag von 14,000 fl.; ferner wegen schwerer körperlicher Verletzung an den k. k. Statthaltereiath und Bezirkshauptmann von Eger, Johann v. Zeileisen, sowie dessen Gattin Luise v. Zeileisen 8000 fl.; an die Eheleute Ernst und Caroline Pflanz, Photographen in Marienbad, 5000 fl.; an den Zwihrhändler Joseph Reichenstorfer aus Zettwing in Oberösterreich 3000 fl.; endlich wegen erlittener leichter Verletzungen an den Schlafwagen-Passagier, Kaufmann Eugen Cohnitz aus Elberfeld, 500 fl.; an den Hospäcter Moriz Hirsch in Neuhof 200 fl.; an den Insanferisten Robert Zeidler 100 fl. und an die Zimwohnerin Anna Trieko in Brand 30 fl. Außerdem befricht die Bahnverwaltung diverse Verpflegungskosten für die Verunglückten an der Unfallstelle selbst im Betrage von circa 700 fl., so daß sich die gesammte, unter die am Unfallversicherungsbereine participirenden Bahnverwaltungen nach gewissem Maßstabe zu repartirende Ausgleichssumme auf rund 50,000 fl. beläuft. Nicht in Betracht kamen bei der vorstehenden Zusammenstellung die namhaften Verforgungsbeträge, welche von der Verwaltung der Kaiser Franz Josephsbahn den Hinterbliebenen der eigenen verunglückten Bahnbediensteten zugesprochen wurden.

## Lokales.

## Dr. Adolf Schaffer über den österreichisch-ungarischen Ausgleich.

(Schluß.)

Redner gelangt hierauf zum letzten und ausführlichsten Theile seines Vortrages — zur Besprechung des bevorstehenden Ausgleiches mit Ungarn.

Die bisherigen officiellen Publicationen — und an diese allein kann man sich doch nur halten — über die zu treffenden Abmachungen sind höchst unzureichend; es sind dies die am 9. Mai l. J. veröffentlichten Punctationen und das Communiqué vom 25. September d. J. Nach diesen kurzen Mittheilungen bestehen die zwischen beiden Regierungen getroffenen Vereinbarungen aus folgenden Hauptpunkten:

1. Das bestehende Zoll- und Handelsbündnis zwischen Oesterreich-Ungarn soll wesentlich in der bisherigen Form erneuert werden. Damit kann man sich ohne weiteres einverstanden erklären, da in der That beide Reiche ein wichtiges Interesse an der Gemeinsamkeit des Wirtschaftsgebietes haben.

2. Im allgemeinen Zolltarif sollen die Zölle für verschiedene Industrien, namentlich die textile, dagegen auch die auf Mehl, Thiere und Fett erhöht, der Getreidezoll beibehalten und bei mehreren Consumptionsartikeln, wie Kaffee, Süßfrüchte, Petroleum, Wein etc., die Zölle gleichfalls erhöht werden. So sehr man mit der Erhöhung einiger Industriezölle einverstanden sein kann, so sind doch hier die den Ungarn namentlich durch Beibehalt des irrationellen Getreidezolles und durch die Erhöhung des Zolles auf Consumptionsartikel gemachten Gegenconcessionen zu groß und um so lästiger, als letzterer Zoll Ungarn nach dem Verhältnisse 30:70 zugute kommt, während sich die wirkliche Consumption vielleicht wie 10:90 oder doch nicht viel höher verhält. Ein bestimmtes Urtheil über diesen Punkt hängt natürlich von einer genauen Prüfung der zu erwartenden Ziffern ab, allein jedenfalls bedarf es der reifsten Ueberlegung.

3. Auf dem Gebiete der Verzehrungssteuer sollen angemessene Reformen durchgeführt werden; dies entspricht nur einem längst gefühlten Bedürfnisse.

4. Die Beitragsleistung Ungarns zu den gemeinsamen Angelegenheiten soll nach dem bisherigen Quotenverhältnisse, also 30:70, stattfinden, dagegen die Steuerrestitution nach dem Jahres-Brutto-Ertragnisse der betreffenden Steuern in jedem Reiche erfolgen. Wenn man schon darauf gefaßt sein mußte, daß das vielfach unbillige, von Oesterreich 1867 übernommene Quotenverhältnis 70:30 fortbestehen werde, so liegt doch in dem künftigen Schlüssel der Steuerrestitution ein neuer, Ungarn zuzuwendender Vortheil, der wol kaum acceptabel ist. Bisher wurde die Restitution der gezahlten und beim Export von Zucker etc. zurückzuergebenden Steuer einfach von den gemeinsamen Zolleinnahmen, also wie 30:70 bezahlt; künftig soll sich die Sache für Ungarn viel günstiger stellen, so daß nach dem Steuer-Brutto-Ertragnisse etwa 20:80 oder noch weniger herauskommen wird. Es hatte Oesterreich bisher wirklich einen gewissen Vortheil bei der Restitution, indem Ungarn mehr zu restituieren hatte, als es ursprünglich an Steuer erhob. Allein das wurde 1867 ausdrücklich als ein kleines Entgelt für die Oesterreich überlastende Quote 30:70 bezeichnet, und Oesterreich hätte wol auf den Fortbestand dieses mäßigen Vortheils auch künftig einen umso größeren Anspruch, als Ungarn ja bereits bei den erhöhten Consumptionszöllen außergewöhnliche Mehreinnahmen erhalten würde. Das letzte Wort wird auch über diesen Punkt an der Hand der Ziffern zu sprechen sein, und weisen letztere einen bedeutenden Ausfall infolge des neu gewählten Schlüssels zu Ungunsten Oesterreichs aus, so bleibt er unannehmbar.

5. Endlich die Bankfrage anbelangend soll das Bankwesen ein gemeinsames bleiben, Note und Bedeckung einheitlich, aber zwei Bankanstalten mit nahezu selbständigem Wirkungsbereich in Wien und Pest bestehen, daneben noch ein paritätisch zusammengesetzter Aufsichtsrath, eventuell noch ein Organ zur Ueberwachung des Bedeckungsschatzes, der theilweise nach Pest zu kommen hätte; 70% der zu emittierenden Noten stehen zur unbedingten Verfügung der wiener, ebenso die 30% zur Verfügung der pester Anstalt.

Redner kritisiert eingehend diese Abmachungen und gelangt zum Schlusse, daß sie in gegenwärtiger Gestalt entschieden unacceptabel seien. Der Dualismus oder richtiger die ungarische Präpotenz sollte auch auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen, das wirtschaftlich viel mächtigere Oesterreich nahezu von Ungarn abhängig gemacht, unser finanzielles Dasein mit dem ungarischen verknüpft werden, und wir sollten doch für die gegenüber den thatsächlichen Bedürfnissen unzweifelhaft übertrieben hohe Notennmenge von 30%, die Ungarn überantwortet wird, für eine waghalsige ungarische Finanzpolitik mithaftbar werden! Das wäre ein wirtschaftliches Experiment, gefährlicher für Oesterreich als alle andern! Gelingt es also nicht, auf diesem Gebiete weitgehende Abänderungen zu erzielen, so kann man auf die Bankabmachungen nimmermehr eingehen. Dies umso weniger, als auch bezüglich der 80-Millionen-Schuld des Staates an die Bank — entgegen der klaren Sachlage und den 1867er Abmachungen, entgegen des von Oesterreich fort-

während betonten gemeinsamen Charakters dieser Schuld, die ja auch nach ihrem Ursprunge aus dem Jahre 1862, sowie nach ihrem Wesen als einer Schuld in Noten, die in Ungarn wie in Oesterreich circulieren, nichts anderes sein kann — von Seite Ungarns die Zahlungspflicht auf ein 1867 als bloßer Manipulationsbehelf behufs Bezeichnung des Zinsenerfordernisses angelegt gewesenem Verzeichnisse hin negiert und behauptet wird, auch bezüglich dieser Schuld sei Ungarn durch den Pauschalbeitrag des Jahres 1867 zu den Zinsen der Staatsschuld befreit, wiewol dieses Verzeichnisse nicht nur keinen gesetzlichen Charakter hatte, sondern nicht einmal allen Mitgliedern der damaligen Ausgleichsdeputation zur Kenntniß gebracht wurde. Nach den zwischen beiden Regierungen getroffenen Abmachungen soll diese Frage durch besondere Delegationen der Parlamente, eventuell durch ein Schiedsgericht ausgetragen werden. Was auch geschehe, der österreichische Standpunkt ist klar und unverrückbar.

Außer der 80-Millionen-Schuld gibt es aber noch andere im Jahre 1867 nicht geschlichtete, höchst wichtige Angelegenheiten, wie die Theilung der Centralacten, die eventuelle Participierung Oesterreichs und Ungarns an der schwebenden Schuld im Falle einer Valutaregulierung u. a. Es ist nun doch unbedingt nothwendig, daß beim jetzigen zweiten Ausgleich in allen Dingen Ordnung gemacht werde und die gegenseitigen Beziehungen beider Reiche völlig klar gestellt werden.

Am Schlusse seiner, hier nur flüchtig skizzirten Ausführung gelangt Abg. Dr. Schaffer zu einer Gesamtkritik der bis nun bekannten Ausgleichspunctationen. Man kann nicht anders sagen, als daß der Totaleindruck ein sehr ungünstiger ist. Es wird eine reifliche, misstrauische Prüfung erforderlich sein, besonders die neue Steuerrestitution wird schwerlich, die Abmachung in der Bankfrage in ihrer heutigen Gestalt gewiß nicht annehmbar sein. Es wird Aufgabe der Abgeordneten sein, den Ausgleich objectiv, rein und vom Standpunkte der österreichischen Interessen zu prüfen; ergäbe eine solche Prüfung die Nothwendigkeit der Ablehnung, dann darf an diesem Urtheile auch die Cabinetsfrage oder die Frage der Auflösung des Abgeordnetenhauses nichts ändern; mit einem Worte: wird der zu schließende Ausgleich als dem disseitigen Reiche abträglich, als mit unerschwinglichen Lasten verbunden erkannt, so ist er abzulehnen, und keine Rücksicht irgendwelcher Art kann daran etwas ändern.

Dies sei der Standpunkt, den Redner in dieser wichtigen Angelegenheit einzunehmen gedenkt; mehr läßt sich heute bei der noch unvollkommenen Kenntnis von der Sache wol nicht sagen. (Beifall und Zustimmung.)

Bei dieser Auffassung des künftigen Ausgleiches muß man wol auch die Frage sich vorlegen, was im Falle einer Ablehnung zu geschehen habe? Personalunion! lautet ein neuestes Schlagwort. Nun, an und für sich ist durch Ablehnung des Ausgleiches von einer Personalunion noch keine Rede. Die wirtschaftliche Einigung mit Ungarn ist dadurch aufgehoben, die politische, wie sie 1867 festgestellt wurde, besteht aber trotzdem fort. Allerdings wäre die politische Verbindung neben einer gänzlichen wirtschaftlichen Trennung beider Reiche auf die Dauer kaum haltbar, und insofern erscheint die Personalunion als etwas für die Zukunft allerdings mögliches. Wie es aber auch kommen möge und abgesehen, wie sich die Vor- und Nachteile einer Personalunion zu einander verhalten, ohne große Entwicklungen würden wir schwerlich zu einer solchen gelangen.

„Und so stellen sich — schließt Abg. Dr. Schaffer — die Dinge in der Zukunft nach jeder Richtung als schwierig und höchst verwickelt dar. Entscheidungen, die für das Schicksal der Bevölkerung und des Staates auf Jahre hinaus entscheidend sein werden, sind zu treffen, und mit einer Verantwortung ganz besonderer Art wird die Stellung eines Abgeordneten verbunden sein. Unter so bedeutsamen Verhältnissen können nur zwei Dinge dem Abgeordneten die Ausübung seiner schweren patriotischen Pflicht erleichtern: die Ueberzeugung, daß er das Vertrauen seiner Wähler besitze, und das Bewußtsein, sich bei seinen Reden und Abstimmungen — unabhängig nach jeder Richtung und unbeirrt vor jedem fremden Einflusse — einzig von der Rücksicht auf die seiner Vertretung anvertrauten Interessen und auf die Wohlfahrt des Volkes und des Vaterlandes leiten zu lassen. Dieses Bewußtsein darf ich mit ruhigem Gewissen für mich in Anspruch nehmen — möge mir auch ihr Vertrauen nicht fehlen.“ (Lebhafter Beifall.)

Es erbat sich nun Herr Handelskammerpräsident A. Dreo das Wort, dankte dem Abg. Dr. Schaffer für seine erschöpfenden, klaren und mit den Intentionen der Kammer, deren Vertreter er auch sei, übereinstimmenden Ausführungen, empfahl ihm, wie sämtlichen krainischen Abgeordneten, die eifrigste Vertretung der wirtschaftlichen Interessen des Landes Krain, insbesondere bei der bevorstehenden Berathung einer neuen Gewerbeordnung die Befestigung der bisherigen Uebelstände, endlich und vorzüglich das Zusammenwirken für das Zustandekommen der für das Land so wichtigen Untertrahnerbahn. (Beifall.)

Hierauf nahm der Vicepräsident der Handelskammer Herr Karl Luckmann das Wort. Auch er sei mit dem Abg. Dr. Schaffer in allen Punkten einverstanden, bis auf einen, die Feststellung eines Minimalzoll-

tarifs; hier möchte er versuchen, den Vorredner völlig für seine Anschauung zu gewinnen. Freihandel wie Schutzoll seien zwei gleichberechtigte Anschauungen; die Erfahrung zeigt, daß unter beiden Systemen Länder reich und blühend wurden; es komme eben nur darauf an, welches System die Verhältnisse eines bestimmten Landes erfordern. Für Oesterreich könne es nicht zweifelhaft sein, daß die Production eines vermehrten Schutzes bedürfe; es sei allerdings auch auf die Consumenten Rücksicht zu nehmen, aber wenn die Production immer mehr daniederliegt, werden bald auch letztere zu fehlen anfangen. Man müßte bedenken, unter wie ungünstigen Verhältnissen die inländische Industrie eben wegen der so enorm ungleichen Steuerlast gegenüber dem Auslande arbeite. Die Industriellen haben traurige Erfahrungen gemacht, die Handelsverträge werden meist nach politischen Motiven, ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Bedürfnisse abgeschlossen; im Zollwesen gieng jede Stabilität und mit ihr die Möglichkeit für die Industriellen verloren, auf sicherer Basis zu arbeiten und ihren Betrieb dauernd und verlässlich einzurichten. Gegen diese Uebelstände soll nun ein Minimaltarif, unter den eben niemals heruntergegangen werden darf, Hilfe bringen, es soll so auf Jahre hinaus eine stabile Situation für die Industrie geschaffen werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Schaffer erwidert in längerer Ausführung beiden Vorrednern. Es werde gewiß sein ununterbrochenes Streben sein, den Wünschen der heimischen Industrie gerecht zu werden. In der Frage der untertrahner Bahn werden er und sämtliche Abgeordnete aus Strain mit aller Kraft für deren Realisirung thätig sein; wann der erwünschte Zeitpunkt kommen werde, lasse sich mit Gewißheit wol nicht sagen, nothwendig aber sei in so wichtigen Dingen vorsichtig vorzugehen, mit der bloßen Einbringung eines Antrages, der dann im Ausschusse begraben wird und in einer nichtsagenden Resolution verpufft, sei dem Lande nicht gebietet.

Was schließlich den Minimaltarif anbelangt, so seien die Befürchtungen der Industriellen nach den gemachten schlimmen Erfahrungen begreiflich; allein es sei nicht wahrscheinlich, daß es diesmal wieder so kommen werde. Die Einbringung der Vorlagen werde zu einer Zeit erfolgen, wo eine gründliche Prüfung möglich sei, und da könne man es nicht als zweckmäßig bezeichnen, durch einen vorhergehenden Minimaltarif sich die Hände für vortheilhafte Vertragsabschlüsse zu binden. So wie Redner sich die Sache denke: Zolltarif, Vertrag mit Deutschland und Bündnis mit Ungarn gleichzeitig vorgelegt, da sei die freie Entschließung nach jeder Richtung gewahrt und auch nicht ausgeschlossen, wenn wider Erwarten PreSSIONen oder Ueberstürzungen zu befürchten ständen, dann noch immer einen Minimaltarif anzustellen. Redner hofft auf diese Weise den Wünschen vollauf gerecht werden, aber auch allen übrigen ins Spiel kommenden Interessen die berechnigte Berücksichtigung angebeihen lassen zu können. (Beifall.)

Schließlich constatirt Dr. v. Schrey unter Zustimmung der Versammlung die volle Uebereinstimmung der Wählerschaft mit der Haltung und den Intentionen ihres Abgeordneten, der auch in Zukunft auf das Vertrauen derselben rechnen dürfe.

Landeschulinspector Pirker beantragt, diesem Vertrauen durch Erhebung von den Sigen Ausdruck zu geben, worauf sich die Versammlung vollzählig erhebt.

Hierauf erklärt der Vorsitzende Dr. Suppan die Versammlung für geschlossen.

(Spende.) Der Herr Landtagsabgeordnete Karl Rudesch hat die ihm als Gerichtsschwormer für die letzte Schwurgerichtssession in Rudolfswerth zuerkannte Reisevergütung im Betrage von 20 fl. 50 kr. dem Studenten-Unterstützungsvereine in Rudolfswerth zugewendet.

(Philharmonische Gesellschaft.) Heute um acht Uhr abends werden die Proben des Männerchores der philharmonischen Gesellschaft im gewöhnlichen Probetokale im Fürstenthof wieder aufgenommen.

(Theater.) Die an unserer Bühne heute zur Ausführung gelangende Novität „Am Altar“ wird uns als eine gelungene dramatische Bearbeitung des anziehenden gleichnamigen Romanes bezeichnet. Dieselbe spielt in der Jetztzeit und enthält eine Reihe der spannendsten Scenen. Die Hauptrollen des Stückes befinden sich in den Händen der Herren: Director Fritzsche, Kieger und Unger, sowie des Fris. Arensdorf und lassen somit eine recht gute Darstellung erwarten.

(Kunstgewerbliche Ausstellung.) Josef Stord, k. k. Regierungsrath und Professor an der Kunstgewerbeschule des k. k. österreichischen Museums in Wien, versendet als Mitglied der niederländischen Ausstellungscommission für Oesterreich das Programm der kunstgewerblichen Ausstellung und internationalen Concurrenz in Amsterdam 1877. Nach demselben beabsichtigt die Section Amsterdam des Vereines für Förderung des Gewerbestandes in den Niederlanden im Jahre 1877 bei Gelegenheit der allgemeinen Versammlung zur Feier des 25jährigen Bestehens des Vereines eine Ausstellung zu veranstalten. Die Ausstellung soll während der Monate Juni, Juli und August 1877 abgehalten werden, und die Anmeldung zur Theilnahme an der Ausstellung von Erzeugnissen der niederländischen Kunstindustrie und internationalen Concurrenz hat spätestens bis zum 1. November 1876 zu erfolgen. Diese Concurrenz erstreckt sich auf elf Gruppen, und zwar die Kunst in ihrer Anwendung: 1) auf den Schmuck der Gebäude; 2) auf die innere Ausstattung des Hauses; 3) bei der Bearbeitung unedler Metalle; 4) bei der Bearbeitung

edler Metalle und Steine; 5) auf Glas und Thon; 6) auf Kleiderstoffe; 7) auf Transportmittel; 8) auf kleinere Gebrauchsgegenstände aller Art; 9) auf graphische Künste; 10) auf die Kunst in ihrer Anwendung auf weißliche Arbeiten, und 11) auf Mittel zur Verbreitung des Kunstsinnes und Stylgefühls.

(Ein verunglückter Selbstmordversuch.) Vor einigen Tagen wurde auf der Rudolfbahnstrecke nächst Laibach ein Selbstmordversuch verübt, der jedoch auf eine ebenso eigenthümliche als seltene Weise vereitelt wurde.

Ein Reservist des heimischen Infanterieregiments Freiherr von Kuhn Nr. 17 hatte sich in der Absicht, sich das Leben zu nehmen, kurz vor der Abfahrt eines Zuges nach Oberkrain auf das Schienengeleise in der Nähe von Laibach gelegt und wartete ruhig des heranbrausenden Todes. Doch es sollte anders kommen.

(Schadenfeuer durch Blitzschlag.) Am 26. v. M., um 10 Uhr nachts, schlug der Blitz in Großoblaß, im politischen Bezirke Voitsch, in die Dreschteme des Grundbesizers Anton Tekanc, welche infolge dessen sofort in Flammen gerieth und binnen kurzem vollständig niederbrannte.

(Gerichtsvorhandlung.) Heute vormittags fand beim hiesigen städt. deleg. Bezirksgerichte die Hauptverhandlung gegen jene Bauernehrlichen statt, die sich des kirzlichen von uns gemeldeten Steinwurf-Attentates auf den mit seiner Familie von Mariafeld nach Laibach zurückkehrenden Herrn Obersten v. Mey schuldig gemacht hatten.

(Wurzbauch „Lexikon“.) Von Konstantin von Wurzbach's „Biographisches Lexikon des Kaisers thums Oesterreich“ ist vor kurzem die 32. Lieferung erschienen; dieselbe reicht bis zum Namen „Schwider“ und steht somit zu erwarten, daß das vortreffliche Werk, das besser als manches andere imstande ist, jeder Bibliothek zur Zierde zu gereichen, vielleicht schon in wenigen Jahren vollendet vorliegen dürfte.

(„Heimat“.) Die soeben erschienene Nummer 2 des illustrierten Familienblattes „Die Heimat“ enthält: Die nur einmal lieben. Roman von Moriz Sölat. Autorisierte Uebersetzung aus dem Ungarischen von A. D. (Fortsetzung.) — Sagene Pürschgang. Gedicht von Oskar Welten. Illustriert von

Ernst Pefler. — Das Seeweib. Novelle von Paul Heyse. (Fortsetzung.) — Heinrich von Kleist. (Zum 10. Oktober.) Von F. Groß. — Aus den Jugendjahren eines böhmischen Dynasten. Von Fehr. v. Helfert. I. u. II. — Der Schatz einer Apenninensstadt. Mittheilung von Karl Graf Jalußti. (Mit Illustration.) — Musik. „Die Follinger.“ Große Oper von S. S. Mosenthal. Musik von Eduard Kretschmer. Von L. P. — Aus aller Welt. — Briefkasten.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laib. Zeitung“.)

Budapest, 9. Oktober. Das Abgeordnetenhaus hat den Ausschußbericht in der Affaire Miletic mit großer Majorität angenommen. Das bekannte Separatvotum Simonffy's und der Beschlusantrag Simonhy's wurden abgelehnt. Die Sitzungen wurden darauf bis Mitte November verlagert.

Die „Pester Correspondenz“ meldet, die Textierung der Ausgleichsgeetze sei festgestellt. Polit legte die Verteidigung Miletic' zurück.

Berlin, 9. Oktober. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Nachdem in Saloniki die leztliche erneute Erregung unter den türkischen Bewohnern abermalige Excesse besorgen läßt, wurde das Panzerschiff „Friedrich Karl“ nach Saloniki zurückbeordert, wohin es am 5. d. M. abgegangen ist.

Belgrad, 9. Oktober. (Officiell.) Colak Antik, am 7. d. M. von Jankova Kliffura in der Richtung auf Kursumlje vorrückend, besetzte alle Ortschaften des Toplica-Thales und steht vor Kursumlje.

Cetinje, 9. Oktober. Dakovic vollendete die Umgehung Muthyar Paschas und steht zwischen Trebinje und Lubinje, so daß er die Zuzüge der Türken verhindert; er verbrannte Lubinje und versprengte die dahin aus Stolac zuhelfe ziehenden Türken.

Pest, 8. Oktober. Wie aus Wien hieher berichtet wird, betrachtet man daselbst auch das Conferenzproject bereits als einen fast überwundenen Standpunkt, da sich niemand bereitfinden läßt, das unerläßliche Conferenzprogramm zu entwerfen, worauf auch Graf Andrássy, dem diese Aufgabe zugebracht war, dankend verzichtet hat. Man glaubt indessen, es seien trotzdem noch Friedensausichten vorhanden, wenn es eben gelänge, auf Serbien die nöthige Pression auszuüben und für die Behandlung der Waffenstillstandsfrage einen Modus zu finden, durch welchen umgangen würde, daß die Annahme des Waffenstillstandes zugleich die Anerkennung Serbiens als kriegsführende Macht involviere.

Semlin, 8. Oktober. Authentisch wird mitgetheilt, daß Rumänien seine Armee auf Kriegsfuß gesetzt hat und dieselbe an der türkisch-walachischen Grenze concentrirt. Die türkische Antwort auf die Waffenstillstandsvorschläge ist noch nicht eingelangt. Auf dem Kriegsschauplatz herrschte auch gestern vollkommene Ruhe.

Konstantinopel, 8. Oktober. (Presse.) Der Vorschlag einer europäischen Conferenz findet in hiesigen Regierungskreisen fast gar keinen Anklang, da die Pforte wol weiß, daß sie bei einer solchen diplomatischen Berathung nur verlieren, aber nichts gewinnen könnte. Zudem sieht die Pforte den Zweck dieser Conferenz gar nicht ein, da sie doch Europa schon erklärt hat, wie weit sie in ihren Concessionen, sowol Serbien und Montenegro gegenüber als auch inbetreff der Verwaltung von Bulgarien und Bosnien, zu gehen vermag.

Konstantinopel, 8. Oktober. (Presse.) Eine telegraphische, über Aßen an die kaiserliche Regierung eingelangte Depesche des General-Gouverneurs von Jemen (Südarabien) meldet, daß daselbst eine Adresse an den Sultan circuliere, in welcher derselbe aufgefordert wird, sämtliche Truppen aus dieser Provinz zurückzuziehen, um sie gegen Serbien und Montenegro ins Feld schicken zu können, und sich im übrigen auf die Treue der Bewohner dieser Provinz zu verlassen.

Moscar, 8. Oktober. (N. fr. Pr.) Einem Bericht aus Trebinje zufolge hat die Armee Muthyar Paschas am Morgen des 6. die Montenegroer angegriffen und die Verschanzungen von Homatic und Bojnobrd zwischen Grahovica und Grahovo mit Sturm genommen. Die Montenegroer erlitten starke Verluste und flohen in Un-

ordnung unter Zurücklassung einer großen Menge von Waffen und Munition, welche den kaiserlichen Truppen in die Hände fiel. Gestern warf die Besatzung von Tjubinje im Verein mit der Bevölkerung die Insurgenten zurück, welche gegen Montenegro hin flohen.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 9. Oktober. Papier-Rente 65-65. — Silber-Rente 68-70. — 1860er Staats-Anlehen 111-10. — Bank-Actien 850.—. — Credit-Actien 152-70. — London 122-60. — Silber 102-50. — K. L. Münz-Duraten 5-86. — Napoleonsd'or 9-82. — 100 Reichsmark 60-35.

Wien, 9. Oktober. Zwei Uhr nachmittags. (Schlußcourse.) Creditactien 152-60, 1860er Lose 111.—, 1864er Lose 131.—, österreichische Rente in Papier 65-70, Staatsbahn 280-50, Nordbahn 179.—, 20-Frankenstücke 9-82, ungarische Creditactien 123-75, österreichische Francobank —.—, österreichische Anglobank 83.—, Lombarden 78-75, Unionbank 58-50, austro-orientalische Bank —.—, Lloydactien 331.—, austro-ottomanische Bank —.—, türkische Lose 14-75, Communal-Anlehen 94-50, Egyptische 99-50.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Wochenausweis der Nationalbank. Derselbe weist im Verhältnisse zu dem der Vorwoche folgende Veränderungen aus: Bantnoten-Umlauf fl. 292,537,130, Zunahme fl. 3,277,530; Giro-Einlagen fl. 113,320, Abnahme fl. 138,827; einzufließende Bankanweisungen und andere fällige Passiva fl. 2,120,147, Abnahme fl. 263,462; Metallschatz fl. 136,590,101, Zunahme fl. 7922; in Metall zahlbare Wechsel fl. 11,689,957, Zunahme fl. 26,173; Staatsnoten fl. 4,932,054, Abnahme fl. 1,174,398; Escompte fl. 121,673,937, Zunahme fl. 3,214,256; Darlehen fl. 28,171,800, Zunahme fl. 984,100.

Getreide-Exportverkehr. Der Exportverkehr, welcher sich mit ungarischem Getreide besonders nach den westlichen Provinzen entwickelte, hat in Handelskreisen die Besorgnis erregt, daß die Beförderung der Sendungen nicht rasch genug bewirkt werden und eine Anhäufung der Waren eintreten könne. Die an dem westlichen Verkehr beteiligten Eisenbahndirectionen haben in dieser Beziehung nach Möglichkeit vorgesorgt, und sind im Interesse der raschen Abtransportierung auch Reservewagen bestellt worden. Zu diesem Zweck wurde in Salzburg eine Conferenz abgehalten, an welcher die Kaiserin-Elisabeth-Bahn, die königlich bairischen Eisenbahnen, die österreichische Staatsbahn, die königlich ungarischen Staatsbahnen und die Alsbild-Bahn durch ihre Delegirten theilnahmen und wobei ein Uebereinkommen bezüglich der für den Transport mit normalen Terminen nothwendigen Maßregeln zustande kam.

Ungekommene Fremde.

Am 10. Oktober.

Hotel Stadt Wien. Deutsch, Km., Wien. — Niederborn, Bezirksadjunct, sammt Frau, Pola. — Kröll, Fabrikant, Graz. — Travern, Km., Kärnten. — Gerßenberger, I. T. Oberfinanzrath, Budweis. — Rußbaum und Nantian, Fuzine. Hotel Giesant. Hatan, Pilsch. — Müller, Laibach. — Nasran, Commis, und Martini, Photograph, Gisi. — Staniczer, Dalmatien. — Schmiedt, Eriest. — Sumler, Reis., Prag. Hotel Europa. Jento, Fuchtan, Karleth, Kovacevic Maria und Sigovic, Magistratsbeamter, Fiume. — Milešic, Holzhändler, Billaß. Sternwarte. Kovšca, Planina. — Eisner, Bezirksrichters-Witwe; Parma, Studierender, und Kaselitz Maria, Rudolfswerth. Mohren. Furlan, Privat, Lichtenwald. Bayerischer Hof. Gatti, Hölzm., und Bagnino, Castelmovo. — Rancic, Lad. — Ritter v. Scarpa, mit Frau, Fiume. Kaiser von Oesterreich. Putre, Marburg.

Lottoziehungen vom 7. Oktober.

Triest: 22 19 78 35 9. Linz: 8 79 5 59 38.

Theater.

Heute: Am Altar. Zeitgemälde in 4 Acten und einem Nachspiel: Vater und Sohn, nach E. Werners gleichnamiger Erzählung der „Gartenlaube“ von Siebenhoff.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Oktober, Zeit, Barometerstand, Lufttemperatur, Wind, etc. Data for 7th and 9th October.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsenbericht.

Wien, 7. Oktober. Die Börse hatte keine besondere Anregung, blieb daher rüchlich der Speculationswerthe wenig beschäftigt. Die Anlagewerthe wurden zu festen Courfen gehandelt, Courfen, welche sowol den arbitragemäßigen Ziffern als der herrschenden Stimmung entsprachen.

Large table of market data including interest rates (Rente), bank rates (Banken), and various securities (Staatsbahn, Eisenbahn, etc.) with columns for 'Selb' and 'Ware' values.